

Zur Sicherung der Zukunft der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung in Deutschland

Erweitertes Protokoll des Memorandum-Workshops vom 29. August 2013:

Empfehlungen und Reflexion der aktuellen Lage

Im März 2013 wurde auf Initiative des wissenschaftlichen Nachwuchses ein Memorandum veröffentlicht, das auf die unzureichende Institutionalisierung der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung in Deutschland aufmerksam machte und in kürzester Zeit eine breite Unterstützung¹ fand. Ziel der Initiative war es, im Dialog mit VertreterInnen aus Wissenschafts- und Hochschulforschung (Forschung und Lehre), der Forschungsförderung, den Hochschulleitungen und der Wissenschaftspolitik Strategien zur Zukunftssicherung der deutschen Wissenschaftsforschung zu entwickeln. Hierzu wurde am 29. August 2013 ein Auftaktworkshop am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) veranstaltet², um im Kreis der Beteiligten über die Problemlage und mögliche Lösungsstrategien zu diskutieren. Der Workshop stieß auf ein breites Interesse und es wurde sowohl seitens der Forschungsfördereinrichtungen als auch der Politik die Bereitschaft signalisiert, zur Unterstützung des Feldes beizutragen.

Inzwischen ist in der Sache einiges in Bewegung geraten: Im August 2013 wurde in Hannover aufbauend auf dem HIS-Institut für Hochschulforschung das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) als eine von Bund und Ländern geförderte Einrichtung gegründet.³ An der Technischen Universität München wurde kürzlich ein Friedrich Schiedel-Lehrstuhl für Wissenschaftssoziologie besetzt, weitere Stellen wurden am dazugehörigen Munich Center for Technology in Society (MCTS) ausgeschrieben bzw. besetzt. Am Forum Internationale Wissenschaft in Bonn wurde eine Juniorprofessur mit Nachwuchsforschergruppe eingerichtet. An den Standorten München, Bonn, Hannover, Siegen und Freiburg laufen derzeit die Ausschreibungen für insgesamt acht neue W2/W3-Professuren in den Bereichen Wissenschafts-, Technik- und Innovationsforschung.

Die geplanten Neubesetzungen werden dem Feld, das sich mangels Stellen und Lehrstühlen in den letzten Jahren fast ausschließlich aus Drittmittelförderung gespeist hat, zu höherer Stabilität verhelfen und mittelfristig auch die Ausbildung im Bereich der Wissenschaftsforschung verbessern. Damit scheint der Grundstein gelegt, die sozialwissenschaftliche Wissenschaftsforschung in der deutschen Forschungslandschaft zu verankern. So war die Einrichtung neuer Lehrstühle an zentralen Standorten, vor allem im universitären Bereich, eines der Kernargumente, die im Rahmen des Workshops für die Zukunftssicherung der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung formuliert wurden.

Bevor der Wissenschaftsrat im April 2014 seine Empfehlungen zu „Institutionellen Perspektiven der empirischen Wissenschaftsforschung in Deutschland“ vorlegt, sollen mit dem vorliegenden Papier die Eckpunkte der Diskussion im Rahmen des Memorandums-Workshops noch einmal zusammengefasst werden, die von den Beteiligten übereinstimmend als notwendig

¹ Der Text des Memorandums inklusive der Liste der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ist online verfügbar unter: www.zukunft-wissenschaftsforschung.net

² Das Programmheft des eintägigen Workshops findet sich unter: <http://www.wzb.eu/sites/default/files/veranstaltungen/hddialogworkshopds2.pdf>

³ Ein aktuelles Sonderheft der DUZ bietet Einblick in die Programmatik des DZHW, verfügbar unter: <http://www.duz.de/cms/media/uploads/user/livebook/duzSpecial/713/index.html>

und zielführend erachtet wurden. Für alle anstehenden Entscheidungen erscheint es wichtig, auf die Intentionen des Memorandums noch einmal dezidiert hinzuweisen und sie im Lichte der eingetretenen Veränderungen zu reflektieren.

Was macht die Wissenschaftsforschung aus?

Das Memorandum hat auf die unzureichende Institutionalisierung der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung hingewiesen, und zwar insbesondere jenes Bereiches, der zur Entwicklung eines theoretisch-methodischen Instrumentariums und zur Generierung empirischen Wissens über das Wissenschaftssystem dient. Es geht dabei nicht allein um die Sammlung und Aufbereitung von Daten zu Hochschul- und Wissenschaftssystemen, sondern auch um theoriegeleitete empirische Forschung. Der politische Bedarf an Beratungsangeboten zur Governance der Wissenschaft, zur Hochschulpolitik und zu Innovationsprozessen ist generell groß. Das politische Interesse an der Wissenschafts-, Innovations-, Evaluations- und Hochschulforschung besteht darin, ein verlässliches Bild von Ursachen- und Wirkungszusammenhängen zu gewinnen, um evidenzgestützte Entscheidungen zu treffen. Die genannten Forschungsbereiche weisen eine thematische Schnittmenge auf, aber sie verfolgen auch je eigene und komplementäre Forschungsprogramme. Während die sozialwissenschaftliche Wissenschaftsforschung genau wie die Science and Technology Studies vorrangig auf qualitative Methoden setzen, kommen in der Hochschul-, Evaluations- und Innovationsforschung vorrangig quantitative Methoden zum Einsatz im Bereich von Befragungen oder bibliometrischer Verfahren. Methodentriangulationen sind für bestimmte Fragestellungen wünschenswert, aber bislang nur selten verwirklicht.

Das vor kurzem eingerichtete Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) wird neben seinen vielfältigen Serviceleistungen nicht das gesamte Themenspektrum der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung abdecken können. Die Sammlung und Aufbereitung von Daten zu Hochschul- und Wissenschaftssystemen ist einer der politisch relevanten Zweige der Wissenschaftsforschung. Erst in der Wechselwirkung von Erkenntnissen über soziale Strukturen, Praktiken und den Wandel der Wissensproduktion lassen sich Daten jedoch sinnvoll erheben und interpretieren. Erst ihre theoretische und empirische Fundierung erlaubt es der Wissenschafts- und Hochschulforschung, nachhaltige Politik- und Gesellschaftsberatungsangebote zu erarbeiten, die der evidenzgestützten Entscheidungsfindung dienen. Hierfür sind mehrere Forschungsstandorte mit unterschiedlichen Profilen nötig, die sich wechselseitig befruchten.

Im Spektrum der Wissenschaftsforschung bildet das, was man Verfügungswissen über Wissenschafts- und Hochschulsysteme nennen kann, den Wissensbereich, der politisch nachgefragt wird. Aus der Binnenperspektive ist dies jedoch nur eine Wissensform unter anderen (vgl. Abb. 1). Erst eine Verbindung verschiedener Wissensformen trägt in ihrer Wechselwirkung zur epistemischen und sozialen Stabilisierung eines Feldes bei. Genau der Wissensbereich aber, der der Selbstreflexion des Faches dient und in der folgenden Abbildung 1 den ersten Quadranten bildet, ist im deutschen System nur schwach verankert. Ohne eine Stärkung dieses Kerns der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung kann eine nachhaltige Etablierung des Feldes nicht gelingen.

	Innerwissenschaftliches Publikum	Außerwissenschaftliches Publikum
Verfügungswissen	Theoretisch- methodisches empirisches Wissen über soziale Strukturen, Praktiken und Ergebnisse der Wissensproduktion	Beratungsangebot zur Governance der Wissenschaft und Hochschulpolitik, Innovationsprozesse
Orientierungswissen	Kritische Reflexion der epistemischen, methodologischen und normativen Grundlagen	Reflexive Aufklärung und gesellschaftliche Partizipation an der Wissensproduktion

Abb. 1 Das Themenspektrum der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung

Anders als die Hochschulforschung baut die Wissenschaftsforschung traditionellerweise auf eine tridisziplinäre Struktur aus Wissenschaftsphilosophie, Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftssoziologie. Die Wissenschaftsforschung würde inhaltlich davon profitieren, ihre Beziehungen darüber hinaus zur Politikwissenschaft, Medienwissenschaft, Linguistik, Rechtswissenschaft, Ökonomie, Psychologie, Informationswissenschaft u.a. auszubauen. Allerdings fehlt es hierfür bislang an starken Einheiten, um Vernetzungen und interdisziplinäre Kooperationen dieser Art zu realisieren. Die oben genannten neu zu besetzenden Positionen bieten jedoch das Potenzial, Kooperationen in diese Richtungen anzustoßen und sollten nicht ungenutzt bleiben.

Für die nachhaltige Etablierung der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung in Deutschland gilt es, auf den vorhandenen und sich entwickelnden Strukturen in Forschung und Lehre aufzubauen (Hannover, Bonn, München, Berlin, Kassel), die inner- und außerwissenschaftliche Vernetzung voranzutreiben und mit nachhaltigen Personalmaßnahmen auf verschiedenen Karrierestufen zu verstärken.

Wenn jetzt in Hannover mit dem DZHW und dem Masterstudiengang einerseits forschungsbasierte Dienstleistungen im Zentrum stehen und andererseits ein vergleichsweise starker Praxisbezug existiert, bietet es sich komplementär hierzu an, die bislang lose verknüpften Forschungszusammenhänge im Bereich der wissenschaftsreflexiven Forschung wie z.B. in Berlin (WZB, HU, TU) und Bonn (FIW) zukünftig stärker aufeinander zu beziehen und zu vernetzen, in dem Komplementaritäten und Synergien für neue Forschungsfragen genutzt und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen wie Akademien und Stiftungen weiter ausgebaut werden können.

Strategieempfehlungen für die Sicherung der Wissenschaftsforschung in Deutschland

Die Diagnose der Probleme sowie ihre Lösungsstrategien, die auf dem Workshop erarbeitet wurden, lassen sich in sechs Empfehlungen zusammenfassen.

1. Wissenschaftsforschung sollte an etwa 5 Standorten institutionell gestärkt und miteinander vernetzt werden

Zum Grundkonsens unter den TeilnehmerInnen des Workshops gehörte, dass Wissenschaftsforschung nicht langfristig etabliert werden kann, wenn sie nicht an Universitäten institutionalisiert ist. Die geplante Einrichtung neuer Lehrstühle ist somit ein erster Schritt in die richtige Richtung. Noch unklar ist, inwiefern sich die Einrichtung singulärer und temporär besetzter Lehrstühle (wie z.B. in Siegen oder Frankfurt) als nachhaltig für die Etablierung von

Themen an den Universitäten erweist. Vorbildlich ist dagegen die Strategie der TU München, im Rahmen des MCTS eine ganze Reihe neuer Stellen auf unterschiedlichen Qualifikationsstufen einzurichten, um auf einer breiten personellen Basis neue Forschungsprogramme auf den Weg bringen zu können.

Generelles Ziel sollte es sein, gemeinsam mit starken Hochschulleitungen Programme einer wissenschaftsreflexiven Forschung im Sinne einer Profilbildung zu entwickeln. Nur durch die Stärkung von identitätsbildenden Einheiten im universitären und außeruniversitären Bereich an mehreren Standorten, die sich wechselseitig befruchten, kann das Innovationspotenzial der Wissenschaftsforschung voll ausgeschöpft werden. Als aussichtsreiche Strategie für die Etablierung der wissenschaftsreflexiven Forschung erscheint es darüber hinaus, institutionelle Kooperationen und inhaltliche Vernetzungen mit den Fachgesellschaften, Akademien und Stiftungen aufzubauen und diese neben politischen Entscheidungsträgern als Partner für diesen Bereich der Forschung zu gewinnen.

2. Wissenschaftspolitische Förderprogramme geben wichtige Impulse für das Feld, reichen aber allein nicht aus

Die Wissenschafts- und Hochschulforschung hat sich in den letzten Jahren zum größten Teil aus Drittmittelförderung gespeist, mehrheitlich getragen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen verschiedener Programmlinien. In der Programmförderung liegt stets die Gefahr, politischen Konjunkturen folgen zu müssen, die zu Ad-Hoc-Angeboten verführen. Die Förderinitiativen des BMBF haben umgekehrt im Bereich der Wissenschaftsforschung wichtige Impulse für die Forschung gegeben, wie die Ergebnisse der Förderinitiativen „Wissen für Entscheidungsprozesse“ (2003-2007) und der „Neuen Governance der Wissenschaft“ (2009-2013) belegen. Programme dieser Art können Mitnahmeeffekte erzeugen, aber auch identitätsstiftend wirken. Projektförderung, sei es seitens des BMBF oder der DFG, ist jedoch nur dann sinnvoll, wenn an den Hochschuleinrichtungen eine ausreichende Grundfinanzierung existiert. Projektförderung allein kann nicht zur Institutionalisierung des Feldes beitragen, jedoch Kooperationen stimulieren, die auf diese Weise zur Entwicklung von Forschungsprogrammen beitragen können.

3. Es müssen nachhaltige Karriereperspektiven in der Wissenschaftsforschung geschaffen werden, um den ausgebildeten wissenschaftlichen Nachwuchs im Feld zu halten

In der Vergangenheit wurde es versäumt, jenseits der Projektförderung akademische Karriereperspektiven in der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung zu etablieren. Absolventen der Wissenschafts- und Hochschulforschung wurden zwar in Verwaltung, Hochschulmanagement oder in den Ministerien nachgefragt. Damit ging der promovierte Nachwuchs aber für die Forschung und Lehre verloren. Wenn der zahlenmäßig kleine akademische Nachwuchs in die Praxis abwandert, das Feld oder das Land mangels Stellen verlässt, werden sich die Rekrutierungsprobleme weiter verschärfen. Ziel muss es sein, das Gelegenheitsfenster für Personalförderungen jetzt zu nutzen, um die Wissenschaftsforschung auf Dauer sicherzustellen. Dies kann zunächst mit einer ausreichenden Zahl an neuen ProfessorInnenstellen gelingen, und die entsprechenden Weichen wurden jetzt gestellt. Für die dienstleistungsorientierte Forschung im außeruniversitären Bereich ginge es jedoch ebenso um die Etablierung fester Stellen, um Karriereperspektiven zu schaffen und damit zur Qualitätsentwicklung insgesamt beizutragen. Ziel sollte eine nachhaltige Personalförderung auf allen Karrierestufen sein, die es erlaubt, die sozialwissenschaftliche Wissenschaftsforschung in Deutschland auf Dauer zu stellen.

4. Die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für Theorie und Praxis muss verbessert und dauerhaft gesichert werden

Aufgrund der unzureichenden Institutionalisierung der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung im universitären Bereich sind in der wissenschaftlichen Ausbildung zahlreiche Defizite zu markieren. Den wissenschaftlichen Anforderungen des Feldes entsprechend, müssten in der Lehre sowohl Theorie- und Methodenkompetenzen vermittelt werden, als auch interdisziplinäre Kompetenzen geschult sowie, komplementär, eine Verankerung in den sozialwissenschaftlichen Disziplinen gewährleistet werden.

Auch die Praxiskomponente ist in den entsprechenden Studiengängen noch unzureichend ausgebildet und sollte hinsichtlich der relevanten Beschäftigungsfelder angepasst werden. In Hannover steht mit dem Master „Wissenschaft und Gesellschaft“ bereits ein Modell zur Verfügung. Mit dem Masterprogramm in Berlin und dem neu entstehenden Master in München scheint das Lehrangebot für die Wissenschafts- und Technikforschung erst einmal gedeckt. Was derzeit fehlt, ist ein strukturiertes Programm der Promotionsausbildung. Das neu gegründete Netzwerk INSIST aus Studierenden und DoktorandInnen der interdisziplinären Wissenschafts- und Technikforschung zeugt mit mehr als 50 Mitgliedern von einem besonderen Mentoringbedarf, den es auch institutionell zu gewährleisten gilt.

Ein spezielles Problem für die Studierenden entsteht beim Übergang vom Master in die Promotionsphase. Im Bereich der Doktorandenausbildung existieren derzeit keinerlei Programme und Formate, um einen fachlichen Austausch zu ermöglichen. Zum WS 2014/15 wird jetzt an der TU München ein Thematisches Graduiertenzentrum „Technology in Society – TechnoScienceStudies“ eingerichtet. Darüber hinaus könnte z.B. die Einrichtung eines gemeinsam getragenen DFG-Graduiertenkollegs an einem der genannten Standorte oder auch standortübergreifend die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses für den weiten Bereich der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung mittelfristig sichern. Besonders im Bereich der Wissenschaftssoziologie bestand eines der zentralen Probleme darin, dass mangels Professuren kaum Betreuer für Dissertationen oder Habilitationsvorhaben für dieses Gebiet zur Verfügung stehen. Die neu zu schaffenden Positionen versprechen hier Abhilfe.

5. Es muss eine strategische Forschungsplanung auf den Weg gebracht werden

Die zentrale Frage für die anstehenden Entscheidungen muss lauten, inwiefern die derzeit laufenden Umgestaltungen, die benannten Probleme des Feldes lösen können. Keine der neuen oder alten Standorte bieten für sich genommen eine starke Einheit der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung, die die Schließung des ehemaligen Zentrums der Wissenschaftsforschung (Bielefeld) kompensieren könnte, d.h. entweder handelt es sich um temporäre Einheiten (Berlin), um Orte, an denen verwandte Bereiche wie Hochschulforschung (Kassel, Hannover), TechnoScience Studies (München) oder Gesellschaftsforschung (Bonn) den primären Fokus bilden oder um singuläre Positionen (Frankfurt, Siegen, Freiburg). Eine „Zusammenführung von Frage- und Problemstellungen aus den Bereichen der empirischen Hochschul-, Bildungs-, Wissenschafts- und Organisationsforschung in international vergleichender Perspektive“, wie der Wissenschaftsrat empfohlen hat⁴, ist auf dieser Basis noch nicht zu erreichen.

Zur Identitätsbildung und nachhaltigen Entwicklung der Forschung ist neben der personellen Verstärkung vorhandener Strukturen insbesondere eine *strategische* Forschungsplanung von Bund und Ländern zum einen, der Wissenschaft zum anderen von zentraler Bedeutung. Dazu sollten sich zum einen Bund und Länder verständigen, welche Erkenntnisinteressen auf dem

⁴ Wissenschaftsrat (2013): Stellungnahme zum HIS Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13, Berlin 25. 01. 2013, S. 10.

Hintergrund von Steuerungsnotwendigkeiten von besonderer Bedeutung sind, gemeinsam mit VertreterInnen der Wissenschaft forschungsrelevante Themen formulieren, die aus Sicht der Wissenschaft komplettiert und zu einem konsistenten Forschungsprogramm – möglichst mit inhärenten Synergieeffekten – verdichtet werden. Auf dem Hintergrund der Prämisse, dass die Steuerungsrelevanz der angestrebten Forschungserkenntnisse insbesondere eine Folge des spezifischen Designs ist, die Einhaltung hoher wissenschaftlicher Qualitätsstandards während des gesamten Prozesses im Interesse sowohl der Administration als auch der Wissenschaft ist, lassen sich so die Interessen des Bundes und der Länder an einer an empirischer Evidenz ausgerichteten Steuerung problemlos mit der Förderung unabhängiger Forschung verbinden. Auf diese Weise entsteht schnell eine „kritische Masse“ an Forschungsergebnissen, die noch dadurch gesteigert werden kann, dass die Erzielung möglicher Synergieeffekte mit weiteren Programmen (z.B. der DFG) von Anfang an im Blick bleibt. Die Förderung der empirischen Bildungsforschung kann mit der seinerzeitigen Etablierung von Rahmenprogramm, Nationalem Bildungspanel und dem Programm Technologiebasiertes Testen als „Blaupause“ dienen.

Themen solcher Forschungsprogramme sind beispielsweise:

- Zur Wechselwirkung interner und externer Bewertungsstrukturen in den Disziplinen
- Internationaler Systemvergleich (Deutschland, USA, China) im Hinblick auf die gesellschaftlichen Innovationspotenziale der Wissenschaft
- Potenziale und Folgen der Anwendung digitaler Infrastrukturen innerhalb der Wissenschaft

Forschungsprogramme für die sozialwissenschaftliche Wissenschaftsforschung können einerseits über Projektförderung mit einer mittleren Laufzeit, andererseits über Personalförderung auf den Weg gebracht werden. Letzteres wäre gewissermaßen schon mit der Einrichtung von Lehrstühlen erreicht. Für die konkrete Erarbeitung dieser Themenvorschläge und weiterer Forschungsprogramme, die zugleich interdisziplinäre und internationale Anschlussfähigkeiten gewährleisten müssten, sollten Expertisen zur Formulierung von Forschungsprogrammen beauftragt werden. Im Dialog mit den Fördereinrichtungen ließe sich auf diese Weise über Finanzierungsmodelle in Form von Querschnittsfinanzierungen verhandeln. Herkömmliche Förderinstrumente wie die Einrichtung eines DFG-Sonderforschungsbereichs, der für die Weiterentwicklung eines Feldes bestens geeignet wäre, stoßen dann an ihre Grenzen, wenn das Feld selbst zu schwach institutionalisiert ist und weder starke Einheiten an Universitäten noch eine kritische Masse an Lehrstuhlinhabern bundesweit zur Verfügung steht. Mit der geplanten Einrichtung von Lehrstühlen bieten sich neue Möglichkeiten für derartige Forschungsk Kooperationen, die unbedingt genutzt werden sollten.

6. Es sollte ein Diskussionsforum für den regelmäßigen Austausch zwischen Forschenden, Förderern und der Politik gebildet werden

Um einerseits dem Bedürfnis der Politik an Orientierungswissen, andererseits dem Bedürfnis der Fachcommunity an ungelösten Forschungsfragen, die für die solide Erarbeitung des Orientierungswissens unerlässlich sind, zu entsprechen, sollte der Dialog zwischen Forschenden, Förderern und Politik zu einer regelmäßigen Einrichtung werden. Dies war ebenfalls ein Ergebnis des Workshops. Mit der Idee, die Forschungsaktivitäten und die Politikberatung in Berlin stärker zu vernetzen, steht das WZB auch zukünftig als Ort für eine Fortsetzung des Dialogs zur Verfügung.

Dr. Martina Franzen

Berlin, 14.3.2014